

[Was bedeutet das alles?]

Florian Mühlfried

# Misstrauen

Vom Wert eines Unwertes

Reclam



# Demokratische Tradition

Hintergrund der demokratischen Tradition von Misstrauen ist die Erfahrung, dass sich Regierungen von den Bedürfnissen ihrer Bürger entkoppeln und Regierungsvertreter bloß noch ihre Eigeninteressen verfolgen können. Dieses zu verhindern heißt zugleich, das Prinzip der Volkssouveränität zu verteidigen. Dazu sollen eine starke und freie *Presse*, politische *Verfahren* wie Volksbefragungen oder Bürgerbegehren und eine zivilgesellschaftliche *Kontrolle* u. a. durch Nichtregierungsorganisationen dienen.

Die hohe Bedeutung, die der *Presse* für die Bewahrung demokratischer Prinzipien zugeschrieben wird, kommt in deren Stilisierung zur vierten Gewalt deutlich zum Ausdruck. Sie soll dabei in zwei Richtungen wirken: Als »Stimme des Volkes«, die ihr die Aufklärung zugewiesen hat, artikuliert sie zum einen dessen Anliegen und Befindlichkeiten in Richtung Politik. Konstatieren einflussreiche Medien eine Nichtberücksichtigung dieser Anliegen und Befindlichkeiten im offiziellen politischen Diskurs, kann dadurch die Legitimität einer Regierung oder Partei in eine schwere Krise geraten. Es scheint dann, sie kümmere sich nicht um das, um was sie sich eigentlich kümmern sollte. Im US-amerikanischen Wahlkampf von 2017 wurde der demokratischen Kandidatin Hillary Clinton unterstellt, für eine solche Politik zu stehen. Zum anderen soll die Presse als »Auge des Volkes« dienen. Sie soll politische Herrschaft misstrauisch im Blick behalten und das offenlegen, was man zu vertuschen versucht. In der Offenlegung produziert die Presse Wissen, das Menschen auf die Straßen bringen und Wahlen beeinflussen kann.

Politische *Verfahren* wie Volks- oder Bürgerbegehren oder Volksentscheide sollen gewährleisten, dass aus der Bevölkerung heraus politische Initiativen gestartet werden können. Das thematische Spektrum reicht dabei von Fragen der kommunalen Müllentsorgung über Organisationsformen des städtischen Nahverkehrs bis zu Großthemen wie den Freihandelsabkommen CETA und TTIP. In diesen Verfahren der direkten Demokratie, die besonders in der Schweiz hochgehalten werden, zeigt sich jedoch auch die problematische Schnittmenge zwischen Volkes Meinung und Populismus – z. B. in der Ablehnung von Moscheebauten.

Die Regierung soll sich auch selbst um den direkten Einbezug der Bürger kümmern. Dazu dienen Verfahren wie der Volksentscheid (auch Volksabstimmung genannt), bei dem Entscheidungen qua Wahlmehrheit getroffen werden, sowie Volksbefragungen, bei denen die Wahlberechtigten zu einem bestimmten Thema konsultiert werden. Einen ähnlichen Zweck erfüllen Meinungsumfragen, die von privatwirtschaftlichen Einrichtungen im

Auftrag von Parteien, Medien, Wirtschaftsunternehmen oder Kirchen durchgeführt werden. Durch diese Offenlegung mehrheitlich verteilter Meinungsbilder aus der Bevölkerung soll im demokratischen Verständnis Druck auf die Regierenden ausgeübt werden, den Meinungen des Wahlvolks Gehör zu schenken.

Neben der Tradition des demokratischen Misstrauens gegen die Regierung ist auch ein solches gegen die Gerichte zu beobachten, denn schließlich könnten auch Richter willkürlich agieren. Aus diesem Grunde wurde das Schöffengericht eingerichtet: Durch die Anwesenheit von zufällig ausgewählten Bürgern soll »das Volk« in die Rechtsprechung einbezogen werden. Und wer seine Rechte nicht gewahrt sieht, der kann sich an Ombudsleute (in Österreich: Volksanwälte) wenden, die die Regierung sozusagen gegen sich selbst institutionalisiert hat. Auf der höchsten Ebene wacht das Verfassungsgericht über die Einhaltung des Grundgesetzes in Gesetzgebung und Rechtsprechung.

Zivilgesellschaftliche *Kontrolle* wird in demokratischen Traditionen vor allem den sogenannten Nichtregierungsorganisationen zugeschrieben. Beispiele für solche Organisationen wurden bereits genannt: Der Bund der deutschen Steuerzahler hinterfragt die Fiskalpolitik der Regierung, Greenpeace überwacht u. a. die Einhaltung von Strahlenschutzbestimmungen, und Sea-Watch verteidigt die Einhaltung der Genfer Flüchtlingskonvention gegen staatspolitische Interessen. Andere Organisationen dokumentieren Verstöße gegen Menschenrechte in Flüchtlingslagern und Gefängnissen (z. B. Amnesty International) oder entwickeln Verfahren, um staatliche Überwachung im Internet öffentlich zu machen und zu erschweren (z. B. der Chaos Computer Club).

Auch das Whistleblowing, also die gezielte Veröffentlichung als geheim deklariert staatlicher Dokumente mit dem Ziel, Missstände aufzudecken, stellt eine solche Form des zivilgesellschaftlichen Engagements dar – allerdings eine, die sich in einer rechtlichen Grauzone bewegt und anfällig für Denunziationen ist. Als WikiLeaks z. B. während des US-Wahlkampfes 2016 private Mails von Hillary Clinton veröffentlichte, musste sich die Organisation dem Vorwurf aussetzen, sie habe sich zum Werkzeug des Kreml machen lassen. Für die meisten Staaten ist Geheimnisverrat eine inakzeptable Form zivilgesellschaftlichen Engagements. Bekannte Whistleblower wie Chelsea Manning wurden inhaftiert, andere wie Edward Snowden und Julian Assange haben sich ihrer drohenden Inhaftierung durch Flucht entzogen.

# Revolutionäre Tradition

Revolutionär kanalisiertes Misstrauen entzündet sich an den Herrschaftsverhältnissen. In seiner *kommunistischen* Form wird Herrschaft mit dem Besitz an Produktionsmitteln gleichgesetzt. Die Revolution muss dementsprechend die Besitzenden entmachten. In seiner *anarchistischen* Form richtet sich Misstrauen gegen jede Form gesellschaftlich institutionalisierter Machtasymmetrie. Durch eine Revolution soll Herrschaft abgeschafft werden. In seiner *bürgerlichen* Form ist die beanstandete Herrschaft eine etwa durch Korruption pervertierte. Das Ziel einer Revolution liegt hier in der Entmachtung alter Seilschaften.

Vor und während der Revolution gilt der jeweils anderen Gruppe absolutes Misstrauen. Es soll keine gemeinsame Sache gemacht werden. Misstrauen dient hier auch zur Distanzwahrung. Nach der Revolution bekommt das Misstrauen staatstragende Züge. In der jungen Sowjetunion beispielsweise galt Misstrauen als Bürgerpflicht, denn der Feind konnte überall lauern, auch in der Partei oder der Familie. Ausdruck fand dieses Dogma in den unzähligen Denunziationen, die Bürger der Sowjetunion, durch die Regierung ermutigt, an die Behörden schickten. Durch solche Denunziationen gerieten völlig unvorhersehbar und unbegründet Nachbarn, Arbeitskollegen und Väter ins Gefängnis oder Arbeitslager. Zugleich hatte der kommunistischen Regierung uneingeschränktes Vertrauen entgegengebracht zu werden.

Bürgerliche Revolutionen weisen die gleiche Tendenz auf. Nach der Rosenrevolution in Georgien 2004 beispielsweise, in der die korrupte Regierung Edward Schewardnadses von dem pro-westlichen Micheil Saakaschwili und seinen Gefolgsleuten gestürzt wurde, forderte auch die neue Regierung uneingeschränktes Vertrauen ein und diskreditierte fortdauerndes Herrschaftsmisstrauen als destruktiv für den dringend notwendigen Aufbau einer funktionierenden Staatlichkeit. Damit wurden die Nichtregierungsorganisationen, die die Machenschaften der Vorgängerregierung kritisch begleitet hatten, in eine schwierige Lage gebracht: zu den Siegern gezählt, sollte ihre Solidarität nun auch den Siegern gelten. Aus Regierungskritikern wurden Minister, aus ehemaligen Wahlbeobachtern Staatsbeamte, denen nun ihrerseits Wahlbetrug vorgeworfen wurde. Misstrauensbasierte Kontrollfunktionen wurden eingedämmt, die Regierung nahm totalitäre Formen an – bis sie bei den Parlamentswahlen 2012 über diese Veränderungen stürzte.

Misstrauen stellt also ein zentrales Problem revolutionärer Bewegungen dar: Zuerst dient Misstrauen als Quelle, dann wird es, anders als in der liberalen und demokratischen

Tradition, als zu verdamme GrundEinstellung gegenüber der Regierung tabuisiert. Lediglich in der anarchistischen Tradition, etwa vertreten durch die bayerischen Räterevolutionäre Ernst Toller (1893–1939) und Erich Mühsam (1878–1934), besteht die Bereitschaft, Misstrauen als Herrschaftsregulativ gegen jede Form von (auch »gerechter«) Regierung in Anschlag zu bringen. Auch die Theorie der permanenten Revolution von Leo Trotzki (1879–1940) lässt sich als Theorie des permanenten Misstrauens verstehen – eines Misstrauens, das immer wieder aufs Neue politische Verkrustungen aufbrechen und damit totalitäre Erstarrungen revolutionärer Bewegungen verhindern soll.

# Verdrängung

Misstrauen, so lässt sich festhalten, ist als zentripetale Kraft fest in das Funktionieren demokratischer Gesellschaften integriert. Es wirkt als Herrschaftsregulativ und fördert politische Teilhabe. Seine Verdrängung ist ein entscheidender Indikator für das Entstehen totalitärer Verhältnisse. Misstrauen kann jetzt nicht mehr konstruktiv nach innen wirken, sondern befördert Resignation oder Systemfeindschaft. Damit wird Misstrauen von einer zentripetalen zu einer zentrifugalen Kraft.

Und dennoch ist es genau diese Verdrängung, die immer häufiger eingefordert wird. Dabei sind die zahlreichen Warnungen vor Misstrauen als Teil einer politischen Agenda zu verstehen, die auf die Restaurierung politischer Autorität abzielt. Es geht darum, die Deutungshoheit und Erzählgewalt wieder in die Hände zu bekommen und Kritik an Sinnmonopolen ins Leere laufen zu lassen. Genau diese Kritik, artikuliert im langen Sommer des Misstrauens, wird für die gegenwärtigen Legitimationskrisen politischer Herrschaft verantwortlich gemacht. Für den französischen Präsidenten Emmanuel Macron ist der Fall klar:

»Wenn man so will, ist die Postmoderne das Schlimmste, was unseren Demokratien passieren konnte. Diese Idee, man müsse alle großen Erzählungen dekonstruieren, kaputt machen, ist keine gute. Seither wird allem und jedem misstraut.«

Im Winter des Vertrauens ist das Klima für Misstrauen hart geworden. Die Vertrauenskrisen, von denen so viel gesprochen wird, sind dabei eigentlich Misstrauenskrisen, in denen Misstrauen verdrängt werden soll. Wo kein Misstrauen mehr möglich ist, bleibt nur ein totalitärer Raum politischer Herrschaft übrig. Totalitär ist dieser Raum nicht im politisch-deskriptiven Sinne (etwa als Gleichsetzung politischer Herrschaft des Faschismus und Kommunismus), sondern als quasi biopolitisches Projekt der totalen Vereinnahmung. Es reicht nun nicht mehr, dass der Bürger in Reih und Glied marschiert, er soll auch in Reih und Glied fühlen. Er soll vertrauen und sich durch dieses Vertrauen sowohl emotional als auch rechtlich binden, ähnlich wie bei einer etymologisch mit Vertrauen verwandten Trauung.

Die Mobilmachung von Vertrauen als biopolitischer Ressource ist Teil einer Politik, die auf Distanzvernichtung abzielt. Diese Politik zeigt sich im Pathos der Transparenz und der Ökonomisierung des Teilens etwa durch Facebook. Die Konsequenzen einer solchen